

11. VIII. 1916

Die Teuerungszulage der Staatsbeamten.

Der Erste allgemeine Beamtenverein der österreichisch-ungarischen Monarchie hat durch seinen Präsidenten Geheimen Rat v. Bernathy am 7. d. eine Petition um Erhöhung der Teuerungsbeiträge für die österreichischen Staatsbeamten und Gewährung einer entsprechenden Hilfe für die Pensionisten sowie Witwen und Waisen nach Staatsbeamten dem Ministerpräsidenten überreicht. Der Vereinspräsident hatte Gelegenheit, den Gegenstand mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh eingehend durchzubesprechen und nach allen Richtungen zu erörtern. Der Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Regierung sich der Erkenntnis nicht verschlossen habe, daß gerade die Festbeoldeten am meisten unter der Teuerung leiden, welcher Tattheit durch die Gewährung von Teuerungsbeiträgen für das Jahr 1916 anfangs dieses Jahres Rechnung getragen worden sei. Die verschärften Teuerungsverhältnisse zögern, wie auch die jüngst erfolgte Erhöhung der Diäten beweise, fortgesetzt die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich, und diese werde die vorliegende Petition einer reiflichen und wohlwollenden Erwägung unterziehen. Schließlich teilte Graf Stürgkh dem Präsidenten des Beamtenvereins noch mit, daß er auch zugunsten der Pensionisten entsprechende Maßnahmen — allerdings in bescheidenerem Ausmaß — in Aussicht stellen könne. Es ist beabsichtigt, die Petition auch dem Finanminister zu überreichen.